



Presseschau vom 07.10.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Dan-news.info: Russische Provider werden im nächsten Jahr auf den Internetzugangsmarkt der DVR kommen, teilte heute auf einer Pressekonferenz der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko mit.

„Ab dem nächsten Jahr planen wir Internetkapazitäten aus der RF zu kaufen“, sagte der Minister. Er fügte hinzu, dass die Kanäle der ukrainischen Provider in der Republik auch erhalten bleiben, aber er unterstrich, dass derzeit der Preis der ukrainischen Internetzugangsdienste erheblich angewachsen ist.

„Die Ukraine hat schon offiziell die Preise für die Hauptkapazitäten um 17 Prozent erhöht. Derzeit ist der Preis für unsere Operatoren gewachsen, weil wir die gesamten Internetkapazitäten unmittelbar in der Ukraine kaufen“, erklärte der Minister.

Er fügte hinzu, dass für die Verbraucher der Internetzugang jetzt in der DVR deutlich günstiger ist als in der Ukraine. Nach den Worten des Ministers kostet ein Zugangspaket mit 100 Megabit pro Sekunde auf dem Markt der Republik nicht mehr als 400 Rubel, während zum Beispiel in Charkow der Preis eines solchen Pakets 250 Griwna beträgt und in Dnjepropetrowsk 200 Griwna.

Vormittags:

Dan-news.info: Die Nacht in den frontnahen Städten und Bezirken der DVR verlief ohne Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen. Dies erklärten heute die Stadt- und Bezirksverwaltungen.

„In der Nacht war eine ruhige und stille Atmosphäre“, sagte der Leiter des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij. Es wurden auch in den Bezirken Kiewskij, Kirowskij und Kujbyschewskij der Hauptstadt keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Das „Regime der Ruhe“ galt auch in dieser Nacht in Makejewka, Dokutschajewsk, Gorlowka und Jasinowataja. „Bei uns ist alles ruhig, ohne Beschüsse“, erklärte das Bürgermeisteramt von Makejewka.

„In unserem Bezirk war die Nacht ruhig. Beschüsse wurden nicht festgestellt“, sagte der Leiter des Telmanowo-Bezirks Sergej Iwanow.

Die Behörden der Bezirke Nowoasowsk, Amwrosiewka und Starobeschewo bestätigten die Einhaltung des Waffenstillstands in der Nacht an den Ortschaften an der Kontaktlinie.

De.sputniknews.com: Das russische Verteidigungsministerium will Anton Geraschtschenko mit einem "Judas-Orden" auszeichnen. Damit hat die Behörde auf den Vorstoß des Beraters des ukrainischen Innenministers reagiert, der die Terrormiliz IS bei der „Rache“ an den russischen Piloten in Syrien zu helfen.

Geraschtschenko hatte vorgeschlagen, auf der Webseite „Mirotworez“, auf der seit Januar 2015 „Feinde“ des ukrainischen Staates geführt werden, Fotos und andere persönliche Daten jener russischer Piloten zu veröffentlichen, die Angriffe gegen die IS-Terroristen in Syrien fliegen. Dies würde den Terroristen und deren „Mitreitern“ in Russland helfen, „sich an den Piloten nach dem Scharia-Gesetz zu rächen“, argumentierte der Kiewer Politiker. Das russische Verteidigungsministerium reagierte prompt: „Dass der Berater des ukrainischen Innenministers Geraschtschenko mit den Faschisten des 'Rechten Sektors' verbunden ist, ist seit langem bekannt“, kommentierte der Sprecher der Behörde, Igor Konaschenkow, auf Facebook. Dass Geraschtschenko „nun auch bei der internationalen Terrororganisation IS angeheuert hat, hat offenbar viele in Staunen versetzt, und nicht nur in der Ukraine und in Europa, sondern auch im Nahen Osten“. Laut Konaschenkow hat Geraschtschenko den „Juda-Orden“, der vor mehr als 300 Jahren von Peter I. gestiftet worden war, wohl verdient.

Der russische Zar Peter I. hatte im Jahr 1709 den fünf Kilo schweren „Judas-Orden“ anfertigen lassen, um den damaligen ukrainischen Feldherrn Iwan Masepa zu „ehren“. Masepa, der im Nordischen Krieg (1700 — 1721) zuerst auf der russischen Seite gestanden hatte und nach einigen russischen Niederlagen zu Schweden gewechselt war, gilt in Russland als Verräter.

Die russische Luftwaffe fliegt seit dem 30. September auf Bitte des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad Angriffe gegen die Terrormiliz IS, die bereits weite Teile von Syrien kontrolliert. Es sind Tiefflieger Su-25, Frontbomber Su-24M und Su-34 im Einsatz. Laut Angaben des russischen Verteidigungsamtes haben die russischen Kampffliegerkräfte das Verwaltungs- und Versorgungssystem der Kämpfer bereits erheblich gestört, außerdem wurde die Infrastruktur für die Ausbildung der Selbstmordattentäter beschädigt. Die Ziele werden anhand von russischen und syrischen Aufklärungsinformationen ausgesucht, und die Ausrüstungen der Flugzeuge erlauben es, dem Islamischen Staat auf dem gesamten syrischen Territorium mit „absoluter Genauigkeit“ Schläge zu versetzen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30475/92/304759218.jpg>

Lug-info.com: Der Anteil der ukrainischen Griwna im Budget der Republik ist im September praktisch gegen Null gegangen, teilte der Finanzminister der LVR Jewgenij Manujlow mit. „Wenn in den letzten Monaten noch eine gewisse Menge an Griwna in den Haushalt herein kam, so möchte ich sagen, dass im September praktisch keine Griwna eingegangen sind“, sagte er.

„Die Hauptabrechnung von Steuern und Gebühren läuft in Rubel. Im September gab es keine Griwna“, fuhr der Minister fort.

Er erklärte, dass die Entscheidung den russischen Rubel als grundlegende Währung auf dem Territorium der LVR einzuführen, nicht spontan war, weil „tatsächlich die grundlegende Währung auf dem Territorium der Republik in den letzten Monaten nach der Einführung des Multiwährungssystems der Rubel war“.

„Die Griwna „verschwand“ nicht deswegen, weil irgendwelche Entscheidungen in der Republik getroffen wurden. Sie verstand wegen der Entscheidung der ukrainischen Seite. Wegen der Blockade, die sie gegen die LVR geplant hat.

Der Minister unterstrich, dass in der Republik wie zuvor ein Multiwährungssystem existiert, wie es im Frühjahr dieses Jahres eingeführt wurde.

De.sputniknews.com: Laut einer Äußerung des ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko vom Mittwoch ist in der Ukraine eine „echte Waffenruhe“ hergestellt, das ist aber bei weitem kein Ende des Krieges.

„Die erste Oktoberwoche geht zu Ende (...) An der Front herrscht endlich ‚absolute Ruhe‘. Das ist noch kein Frieden, kein Kriegsende. Der Krieg wird beendet, wenn das letzte Stück Land befreit wird. Das ist eine echte Waffenruhe“, sagte Poroschenko in einem Militärinstitut. „Wie lange die Kanonen verstummt sind, wird die Zeit zeigen. Der Frieden ist nur möglich, wenn wir eine starke Armee haben werden“, fügte Poroschenko hinzu.

Die Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine, Francois Hollande, Wladimir Putin und Petro Poroschenko, sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel verhandelten am Freitag im Pariser Élysée-Palast über die Lösung des Ukraine-Konflikts.

Der Gipfel verlief überraschend reibungslos. Eines der wichtigsten Ergebnisse für Moskau ist das Eingeständnis, dass die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen in den vereinbarten Fristen unmöglich ist. Diese könnte bis Mitte 2016 verlängert werden. Dieser neue Zeitplan würde es dem ukrainischen Parlament ermöglichen, das Gesetz über die Lokalwahlen in einzelnen Gebieten zu verabschieden.

Danach sollen gemäß den in Paris erreichten Vereinbarungen innerhalb von 80 Tagen Wahlen, entsprechend dem von der Obersten Rada (Parlament) verabschiedeten Gesetz, in den selbst ernannten Volksrepubliken abgehalten werden.

De.sputniknews.com: Nach der irrtümlichen Verletzung der türkischen Luftgrenzen hat das russische Militär eine Direktverbindung zu den türkischen Kollegen eingerichtet, um derartige Vorfälle in Zukunft zu vermeiden.

Das russische Fernsehen strahlte am Mittwoch Bilder aus, die die Inbetriebnahme des „Roten Telefons“ zwischen den Verteidigungsministerien beider Länder zeigten...

Dan-news.info: Pressekonferenz des Vertreters der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Dmitrij Popow

„Mehr als 10.000 Zerstörungen an privaten Häusern und Gebäuden wurden in der DVR bis heute festgestellt“, sagte er.

Popow erinnerte auch daran, dass während der regulären Beschüsse 3901 friedliche Einwohner starben. „Mehr als 6000 Einwohner des Landes wurden verletzt“, sagte er.

Lug-info.com: Die Volksmiliz der LVR hat heute die Vertreter der OSZE-Mission und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung über den vorzeitigen Abschluss einer Etappe des Abzugs von Artillerie eines Kalibers von unter 100mm informiert. Dies teilte der erste stellvertretende Kommandeur der Volksmiliz der LVR Generalmajor Sergej Koslow mit.

Er lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass heute „entsprechend dem Zeitplan zum Abzug von Waffen und den Zusätzen zu den Minsker Vereinbarungen die Seiten mit dem Abzug von Artilleriewaffen eines Kalibers unter 100mm auf eine Distanz von mindestens 15 km von der Kontaktlinie beginnen müssen“.

„Wie bekannt ist, hat die Volksmiliz im Juli einseitig schon die genannten Waffen abgezogen und im Zusammenhang damit heute die OSZE-Mission und das Gemeinsame Zentrum über den bereits erfolgten Abschluss der Etappe des Abzugs der genannten Waffenart informiert“, unterstrich Koslow.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin wird heute in der Obersten Rada (Parlamentsunterhaus) darlegen, was Präsident Petro Poroschenko am 2. Oktober mit den Staats- und Regierungschefs Russlands, Deutschlands und Frankreichs in Paris vereinbart hat, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Mittwoch.

Laut dem ukrainischen Präsidenten geht es um die Förderung des Friedensszenarios, das auch Kommunalwahlen im Donezbecken nach den ukrainischen Gesetzen beinhaltet. Viele Abgeordnete vermuten, dass die Gesetze gemäß den Forderungen der Volksrepubliken neu geschrieben werden müssen. Heftige Diskussionen drehen sich außerdem um die Amnestie-Verfahren.

Die Amnestie-Frage hätte bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk am Montag besprochen werden sollen. Wie der französische Präsident Francois Hollande nach dem Treffen in Paris sagte, muss die Immunität aller Kandidaten in der Wahlperiode garantiert werden.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow bestätigte in dieser Woche, dass diese Frage in

Paris erörtert worden sei. „Ein weiterer Aspekt, der bei dem Treffen des Normandie-Formats besprochen wurde, ist die Nichtverfolgung von Personen für die Teilnahme an den Ereignissen im Südosten der Ukraine, also eine Amnestie. Diese ganze Situation wurde besprochen – ein Sonderstatus, die Verfassungsreform, Amnestie und Lokalwahlen“, so Lawrow.

Laut dem ukrainischen Außenminister Klimkin können die Wahlen im Donezbecken nach der Amnestie stattfinden. Zugleich räumte er ein, dass die Ukraine die Teilnahme von Personen, die tatsächlich für Gefechte, den Abschuss der Boeing, den Beschuss von Wolnowacha und Mariupol verantwortlich seien, nicht zulassen werde.

Kiew gibt zu, dass dieses Herangehen Proteste in den Volksrepubliken auslösen könne. Die Kontroversen seien bereits in Paris zu erkennen gewesen, so der stellvertretende Leiter der ukrainischen Präsidentschaftsverwaltung, Konstantin Jelisseejew. Die russische Seite habe auf einigen Punkten beharrt, darunter die Amnestie für die Verteidiger der Volksrepubliken. Die Ukraine wolle die Amnestie gemäß dem Gesetz von 1996 durchführen.

Den aktuellen ukrainischen Gesetzen zufolge fallen die wegen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit der Ukraine, Terrorismus, vorsätzlichen Mord unter erschwerenden Umständen verurteilten Personen nicht unter Amnestie.

Wie der Fraktionsvizechef des Blocks Petro Poroschenko, Igor Kononenko, sagte, besteht die Position des ukrainischen Staatschefs darin, dass es keine hundertprozentige Amnestie geben wird. Jedes Verfahren werde vor Gericht erörtert, erst danach werde der Beschluss zu jedem konkreten Fall getroffen. Das könnte viel Zeit in Anspruch nehmen. „In Kroatien dauerte solch ein Amnestieverfahren elf Jahre. Wir werden wohl diesen Weg gehen“.

Die Vertreter der ukrainischen Behörden gehen davon aus, dass Angeklagte vor Gerichtsbeschluss nicht an den Wahlen teilnehmen dürfen.

Dnr-online.ru: Heute fand in Donezk eine gemeinsame Konferenz von Vertretern des Justizministeriums der DVR, des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte der DVR und einer Initiativegruppe, die sich mit der juristischen Ausarbeitung Weitergabe von Anträgen geschädigter Bürger der DVR an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassbourg befasst.

Wie die Vertreter der Initiativegruppe Julija Nikitina und Jewgenija Nikolajewa berichteten, haben sie ihre Tätigkeit Mitte 2014 begonnen. Große Unterstützung hat die Initiativegruppe zu Beginn vom Vorsitzenden des Volkssowjets der Republik Denis Puschilin erhalten.

Insgesamt wurden etwa 2000 Anträge von geschädigten Personen gesammelt. Ende 2014 begannen russische Menschenrechtler Unterstützung zu leisten. Einer von ihnen, Georgij Fedorow, ist Mitglied des Gesellschaftlichen Rats der RF. Mit Unterstützung von Vertretern der RF wurden 500 Anträge an den Europäischen Gerichtshof gesammelt und formuliert. Etwa 450 werden bereits bearbeitet.

Nach Mitteilung des Vertreters des Justizministeriums der DVR Alexandr Stebljanko haben derzeit die territorialen Justizorgane auch die Aufgabe der Sammlung und Formulierung von Anträgen von geschädigten Bürgern, um sie dann an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte weiterzugeben.

Bürger, die einen Antrag an den Europäischen Gerichtshof abgeben wollen, können sich an das Justizministerium oder die Justizorgane an ihrem Wohnort wenden.

De.sputniknews.com: Im Public auf Facebook „Vladimir Putin Italian Fan Club 2.0“ ist am Mittwoch eine Video-Gratulation weltbekannter italienischer Popstars für den russischen Präsidenten Wladimir Putin erschienen...

Es handelt sich dabei um Toto Cutugno, Pupo, Al Bano, Ricchi e Poveri und Riccardo Fogli. Insgesamt haben diese Sänger auf YouTube mehr als 300 Millionen Klicks gesammelt.

Der Text, der dem Video-Glückwunsch im italienischen Public vorausgeht, lautet: „Unsere Weltstars haben dem Präsidenten Russlands, Wladimir Putin, zum Geburtstag gratuliert!

Heute ist Russlands Präsident der wichtigste Kämpfer gegen die monopolare Weltordnung und den internationalen Terrorismus. Er hat sicher Gratulationen und Unterstützung verdient.“...

Die Facebook-Leitung hatte unlängst die Seite der italienischen Gemeinschaft „Putins Freunde in Italien und Europa“ blockiert, ohne Gründe dafür anzugeben, und als Ersatz das italienische Public eröffnet...

An seinem 63. Geburtstag geht Putin mit bekannten Spielern und Teilnehmern der Russischen Amateur-Eishockeyliga aufs Eis. Der Präsident befindet sich zurzeit auf Dienstreise in Sotschi.

In der Regel verbringt der Präsident seine Geburtstage in Abhängigkeit von seinem Terminplan. 2014 hatte er sich trotzdem einen Tag frei genommen und seinen Ehrentag in der sibirischen Taiga, weit entfernt von Ortschaften, verbracht.

2013 feierte Putin seinen Geburtstag in einem Kurort, aber in Arbeitsatmosphäre. Er befand sich damals auf Dienstreise auf der indonesischen Insel Bali, wo er an einem Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) teilnahm...



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30476/64/304766497.jpg>

Dnr-online.ru: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR hat sich in den letzten 24 Stunden stabilisiert. Die ukrainischen Truppen haben einmal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von den Positionen der 53. einzelnen mechanisierten Brigade im Bereich von Awdejewka wurde mit Panzertechnik Spartak beschossen.

„Gleichzeitig führt die Kiewer Führung weiterhin eine Vervollständigung und Rotation des Personals durch, eine Verlagerung von Kampfabteilungen durch und befasst sich mit der Vervollständigung des Systems der technischen Ausrüstung und Absperrung. Nach den Angaben unserer Aufklärung wurde die Verlagerung von 4 Haubitzen D-30 aus Rodinsk in Richtung Krasnoarmejsk, 41 km von der Kontaktlinie festgestellt. In Richtung Kurachowo, 18 km von der Kontaktlinie, wurde die Verlagerung von drei Einheiten Panzertechnik festgestellt. Außerdem wurde die Ankunft von 4 Artilleriesystemen und 4 122mm-Granatwerfern im Dorf Granitnoje festgestellt, das 500m von der Kontaktlinie entfernt liegt. 10 km von der Kontaktlinie, im Dorf Nowoselowka, wurde die Ankunft von zwei sechs Einheiten Panzertechnik und zwei D30-Haubitzen festgestellt. 13 km von der Kontaktlinie am östlichen Rand von Kalinowka wurde die Stationierung von getarnten Artillerieeinrichtungen festgestellt. In der Ortschaft Shelannoje, 27 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft eines Bataillons aus den Abteilungen des 95. Luftlandebrigade bemerkt“, teilte der stellvertretende Kommandeur Eduard Basurin mit.

Nach seinen Worten weigert sich die ukrainische Regierung trotz der unterzeichneten Minsker Vereinbarungen das Problem auf friedlichem Weg zu lösen. „Die Handlungen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte zur Stationierung von militärischen Gruppierungen

an der gesamten Kontaktlinie bestätigt die Tatsache der aggressiven Politik des offiziellen Kiews in Beziehung zum Donbass“, sagte Eduard Basurin zum Abschluss.

De.sputniknews.com: Bei Einhaltung der Minsker Friedensvereinbarungen bezüglich der Ukraine-Krise könnten die westlichen Russland-Sanktionen laut dem Ministerpräsidenten von Luxemburg allmählich abgeschafft werden, schreibt die "Nesawissimaja Gaseta" am Mittwoch.

Von einer solchen Perspektive sprach der Ministerpräsident Luxemburgs, Xavier Bettel, bei seinen Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und mit Premier Dmitri Medwedew Anfang dieser Woche in Sotschi. Luxemburg hat im zweiten Halbjahr 2015 den Vorsitz in der Europäischen Union.

Bei dem Treffen der beiden Regierungschefs standen bilaterale Themen im Mittelpunkt. Beide Seiten räumten ein, dass die westlichen Russland-Sanktionen negativ für ihre Länder sind: Zwischen Januar und Juli ist der bilaterale Handelsumsatz um 26,4 Prozent auf 87,8 Millionen Dollar im Jahresvergleich geschrumpft.

Bettels Gespräch mit Putin war vor allem weltpolitischen Fragen gewidmet. Unmittelbar vor dem Treffen erschien ein Interview des luxemburgischen Premiers für die russische Nachrichtenagentur Interfax, in dem er unter anderem über Russlands Aktivitäten in Syrien gesprochen hatte. Nach seinen Worten könnte die Bildung von zwei verschiedenen Koalitionen im Kampf gegen die Terrormiliz "Islamischer Staat" böse Folgen haben. „Wenn wir in Syrien getrennt vorgehen, wenn jemand gemeinsam mit Russland und jemand gemeinsam mit den USA handelt, dann könnte das zur Entstehung von zwei Blöcken führen, die gegeneinander kämpfen würden. Eine solche Situation wäre bedauernswert“, so Bettel. In diesem Kontext plädierte er für die Bildung einer einheitlichen Koalition mit einer gemeinsamen Strategie. „Wir brauchen eine einheitliche Herangehensweise, ein einheitliches Ziel und einheitliche Methoden (...) für die Regelung der Syrien-Krise“, sagte Bettel und ergänzte, dass sein Land eine Vermittlerrolle zwischen Moskau und Washington spielen könnte.

Zudem gab der luxemburgische Premier zu verstehen, dass er Verhandlungen mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad nicht ausschließe, und räumte ein, dass die Wahl des Staatsoberhauptes dem syrischen Volk vorbehalten sei.

Im Kontext des Ukraine-Konflikts äußerte Bettel, dass Russland und die EU „eine Strategie zur Krisenüberwindung“ bräuchten, denn in der aktuellen Situation „verliert Europa, verliert Russland und verliert die Ukraine“. „Die Sanktionen haben zu einer wesentlichen Wachstumsverlangsamung unserer Wirtschaften – sowohl in Russland als auch in Europa geführt“, konstatierte er.

Bettel schloss nicht aus, dass der Westen seine Russland-Sanktionen aufheben könnte, falls bei der Krisenregelung in der Ukraine Fortschritte erkennbar werden. „Wenn wir bis Ende dieses Jahres sehen, dass die Minsker Vereinbarungen umgesetzt werden, dann könnten wir uns überlegen, wie wir die Beziehungen zwischen Europa und Russland verbessern, die Sanktionen außer Kraft setzen und das gegenseitige Vertrauen wiederherstellen könnten.“

Der Experte für internationales und europäisches Recht an der Baltischen Universität „Immanuel Kant“ (Kaliningrad) Wadim Woinikow ist allerdings der Ansicht, dass der luxemburgische Ministerpräsident bei den Treffen mit der russischen Führung nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht habe. Als EU-Vorsitzender dürfe Luxemburg zwar die Gestaltung der politischen Tagesordnung beanspruchen, spiele dabei aber keine entscheidende Rolle, zumal Luxemburg nicht gerade zu den Führungsländern der EU gehöre. Wenn ein Vertreter Deutschlands oder Frankreichs, die die EU-Politik prägen, so etwas gesagt hätte, dann hätten seine Worte mehr Gewicht. Deshalb sollte man von Bettels Gesprächen in Sotschi keine richtigen Fortschritte in den Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel erwarten, so Woinikow.

„Dennoch lässt sich eine gewisse Milderung der Einstellung der europäischen Politiker feststellen“, ergänzte er. „Wenn ein EU-Land seine Position kundgibt, müssen andere EU-Länder darauf achten, besonders wenn es sich um die Meinung des Vorsitzenden handelt.“

Für Russland ist das ein sehr gutes Zeichen.“

Dan-news.info: Die Tätigkeit einer der Unternehmen, die mit dem ukrainischen Oligarchen Sergej Kurtschenko verbunden ist, hat wesentlich eine Treibstoffkrise in der DVR provoziert, erklärte heute das Innenministerium der DVR.

„Die Tätigkeit von Sergej Kurtschenko und seines Unternehmens hat nicht nur zu vielen Millionen Schaden geführt, sondern im Grunde auch einen Treibstoffkollaps in der Republik herbeigeführt, was zu einer Krise im Unternehmensbereich führte“, heißt es in einer Erklärung des Innenministeriums. „Dieser ukrainische Geschäftsmann ist es gewöhnt, nach ukrainischen Gesetzen zu leben und zu arbeiten, genauer, er hat sehr gut gelernt sie zu umgehen.“

Zuvor hatte die Generalstaatsanwaltschaft der DVR erklärt, dass am 26. Oktober 2015 die Abteilung zum Kampf mit dem organisierten Verbrechen bezüglich der Unterschlagung von Geldern ein Strafverfahren nach Teil 4 § 172 des Strafrechtsbuches der DVR gegen eine der Tochterstrukturen von Sergej Kurtschenko eingeleitet hat, dessen Tätigkeit mit der Lieferung von Erdgas verbunden war.

Das Innenministerium erklärte, dass gemäß den Informationen der Verfolgungsbehörde Vertreter des Unternehmens von Tankkomplexen Vorauszahlungen für die Lieferung von Benzin und Treibstoff eingezogen haben, „aber die Lieferungen selbst nicht durchgeführt haben“. „Auch wurde festgestellt, dass in der Zeit seiner Existenz das Unternehmen ungesetzlich Zahlungen von Bürgern der Republik für die Nutzung von Erdgas eingezogen hat, obwohl dazu kein Recht bestand“, erklärte das Innenministerium.

In der Behörde wurde unterstrichen, dass der Kampf mit dem Verbrechen „die wichtigste Aufgaben ist, die unter direkter Kontrolle der Führung der DVR steht“. „Wir lassen es nicht zu, dass man sich am Krieg, der Blockade, der schwierigen wirtschaftlichen Situation bereichert, und alle unsauberen Geschäftsleute, die nicht in der Lage sind, sich mit offenen und ehrlichen Geschäften zu befassen, werden streng bestraft bis hin zu strafrechtlicher Verfolgung“, erklärte das Ministerium.

De.sputniknews.com: Die Verschiebung der Wahlen in den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hat laut dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko die Minsker Vereinbarungen gerettet.

„Gestern (Dienstag) wurde entschieden, die ‚Fake-Wahlen‘, die für den 18. Oktober bzw. 1. November angesetzt waren, zu verschieben, was die Minsker Abkommen vor der drohenden Gefahr gerettet hat. Genau so war es im letzten Jahr am 2. November gewesen, als die Wahlen abgehalten wurden und der Friedensprozess faktisch gestoppt wurde und die Kanonen wieder gedonnert haben. Dies zeugt davon, dass wir effektiv handeln können und werden“, sagte Poroschenko in einem Militärinstitut.

Die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatten am Dienstag die Lokalwahlen auf 2016 zu verschieben.

In diesem Zeitraum wird Kiew alle im Rahmen der Minsker Abkommen übernommenen Verpflichtungen in die Tat umsetzen müssen. Es handelt sich dabei um die Gewährung eines Sonderstatus an den Donbass, die Verhinderung der Verfolgung und Bestrafung der Teilnehmer der Ereignisse in den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie eine neue Abstimmung über die mit diesen Republiken vereinbarten Verfassungsänderungen.

Kiew begrüßt diesen Schritt, fordert aber unter anderem die Annullierung der Ergebnisse der Wahlen vom 2. November und die Verabschiedung eines Sondergesetzes über die Bedingungen für die Durchführung der Wahlen in dieser Region.

De.sputniknews.com: Maidankämpfer haben 2014 eigene Helfer und Demonstranten auf dem Kiewer Maidan erschossen, um eine Schuld Janukowitschs vorzutäuschen, heißt es in einer Untersuchung des kanadisch-ukrainischen Politikwissenschaftlers Ivan Katschanowski von der Universität Ottawa.

Katschanowski wertete monatelang Live-Übertragungen ukrainischer TV-Sender, aufgezeichnete Funkgespräche der Sicherheitskräfte, frei zugängliche Videos von den Ereignissen und Augenzeugenberichte vom damaligen Ort des Geschehens aus, um den Massenmord im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt zu rekonstruieren.

Sein Bericht „Scharfschützenmorde in Kiew“ widerspricht der offiziellen Version der heutigen ukrainischen Regierung, laut der Polizisten die Demonstranten auf Befehl Janukowitschs beschossen hatten.

Der Professor aus Ottawa untersuchte jedoch nicht nur die eigentlichen „Scharfschützenmorde“, sondern den ganzen „Euromaidan“ als ein sorgfältig geplantes Spektakel, deren Organisatoren auf einen Staatsstreich in der Ukraine hinarbeiteten. Die Entführungen von Maidan-Aktivisten, die Eskalation des Konflikts, sowie die eigentliche Ermordung der „Himmelshundertschaft“, wie man die erschossenen Demonstranten in der Ukraine nennt, müssen von einem „Auftraggeber“ organisiert worden sein, belegt Katschanowski.

„Augenzeugen unter den Demonstranten auf dem Maidan erzählen, dass organisierte Gruppen aus den westukrainischen Gebieten Lwiw und Iwano-Frankiwsk auf dem Maidan entrafen und sich wenige Stunden nach dem Massaker vom 20. Februar ins Gebäude des Konservatoriums begaben. Dabei waren einige von ihnen mit Gewehren bewaffnet“, zitiert das Portal „Ukraine.ru“ aus dem Bericht.

Katschanowski gelang es, nicht nur die Chronologie der Ereignisse des Blutbads in Kiew wiederherzustellen, sondern auch eine Biographie aller „Aktivisten“, die den Grundstock des „Euromaidans“ bildeten, zu studieren. Der Politologe belegte dabei, dass es keine zufälligen Personen unter ihnen gab. Es waren entweder Anhänger des Rechten Sektors, „Kämpfer gegen das Regime“ aus dem Westen der Ukraine, Mitglieder der Organisation Ukrainischer Nationalisten oder anderer nationalistischer Organisationen.

Genau diese Menschen schossen aus den Fenstern des Konservatoriums, des Hotels „Ukraine“ und anderer Gebäuden, die von der sogenannten „Notwehr“ besetzt waren. „Verschiedene Daten zeigen, dass sich im Oktober-Palast Scharfschützen des Maidans aufhielten, die aus diesem Gebäude heraus unmittelbar Protestierende erschossen und verletzt“, schließt Katschanowski seinen Bericht.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30104/48/301044888.jpg>

Dan-news.info: Die zweite wichtige Operation des siebenjährigen Jungen, der in der Folge eines Terroraktes auf dem Truppenübungsplatz „Tores“ am 24. September verletzt wurde, verlief erfolgreich. Dies teilte heute der Direktor des Gusak-Instituts für Notfall- und

wiederaufbauende Chirurgie Emil Fistal mit.

„Die Operation wurde gerade abgeschlossen. Sie verlief erfolgreich, ohne Probleme, sein Zustand ist noch ernst, aber stabil“, sagte Fistal. Er sagte, dass dem Patienten noch mindestens drei Operationen bevorstehen. „Vor allem werden das plastische Operationen sein“, sagte der Arzt. Fistal fügte hinzu, dass die Chancen des Kindes auf Heilung mit jedem Tag größer werden.

De.sputniknews.com: Ungeachtet der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland und dessen Gegenmaßnahmen hat bislang keine einzige österreichische Firma von fast 1.200 Unternehmen Russlands Markt verlassen, wie der russische Botschafter in Österreich, Dmitrij Lubinskij in einem Interview für RIA Novosti am Mittwoch sagte....

De.sputniknews.com: Gazprom hat die Linde AG als Partner für den Bau einer riesigen Anlage zur Produktion von Flüssigerdgas (LNG) im Fernen Osten gewählt. Hat das Projekt Erfolg, will der russische Energiegigant mit der deutschen Industriegase-Firma weiter kooperieren.

Die LNG-Anlage soll im Gebiet Amur entstehen. „Die Zusammenarbeit mit der Linde AG ist zweifelsohne das größte Projekt, das sich ein jeder Partner von Gazprom vorstellen kann“, sagte der Chef des russischen Konzerns Alexej Miller am Mittwoch. Die Jahresleistung der Anlage sei mit 49 Milliarden Kubikmeter geplant.

„Wenn das Projekt erfolgreich umgesetzt sein wird, und wir glauben, dass dem so sein wird, werden sich Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit bei anderen Projekten eröffnen.“

Lug-info.com: Das Treibstoff- und Energieministerium der LVR hat die Arbeit mit den kommerziellen Strukturen, die mit Sergej Kutschenko verbunden sind, eingestellt. Dies teilte heute der stellvertretende Minister Alexandr Melnitschuk mit.

„Das Treibstoff- und Energieministerium der LVR erklärt, dass in Zusammenhang mit dem Erlass des Republikoberhauptes ein Strafverfahren der Staatsanwaltschaft der Republik gegen Unternehmen, die mit Herrn Kutschenko verbunden sind, eingeleitet wurde, das Ministerium beendet jegliche Arbeit mit den genannten Unternehmen“, erklärte der stellvertretende Minister.

„Das Treibstoff- und Energieministerium erklärt auch, dass es mit den Unternehmen des genannten ukrainischen Oligarchen nicht mehr zusammenarbeiten wird“, fügte Melnitschuk hinzu.

Er erinnerte daran, dass durch den Stopp der Treibstofflieferungen die Unternehmen des ukrainischen Oligarchen den Unternehmen der Republik viele Millionen Schaden zugefügt haben.

Ria.ru: Kiew muss das Regime der Ruhe im Donbass maximal für die Ausrüstung und Vorbereitung seiner Armee nutzen, erklärte am Mittwoch der Verteidigungsminister der Ukraine Stepan Poltorak....

„Die Aufgabe des Präsidenten ist folgende: maximal das Regime der Ruhe zu nutzen, um sich festzusetzen, unsere Truppenübungsplätze vorzubereiten, die Zahl der Technik und der Soldaten maximal zu erhöhen, um unsere Truppen abzusichern und maximal auszurüsten“, zitiert der Pressdienst des Ministeriums den Minister.

Abends:

Dan-news.info: Die Abschaffung der Multiwährungszone in der DVR wird möglich sein, wenn die Ukraine die Wirtschaftsblockade der Republik aufhebt. Dies erklärte heute das Finanzministerium der DVR.

„Eine vollständige Absage an ein Multiwährungssystem und ein Übergang auf den Rubel als einzige Währung kann nach einer Aufhebung der Wirtschaftsblockade, die durch die ukrainische Regierung durchgeführt wird, diskutiert werden“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Im Finanzministerium wurde unterstrichen, dass derzeit die Möglichkeit einer vollständigen Abschaffung des Multiwährungssystems nicht diskutiert wird.

De.sputniknews.com: An seinem 63. Geburtstag hat Russlands Präsident Wladimir Putin an einem Eishockeyspiel im Rahmen der „Night Hockey League“ in Sotschi an der Seite vieler Veteranen des russischen Nationalsports teilgenommen und wurde zum siebenfachen Torschützen...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30477/58/304775838.jpg>

Lug-info.com: Die LVR wird Kiew morgen einen offiziellen Vorschlag zum Austausch von Gefangenen nach der Formel „alle gegen alle“ schicken. Dies erklärte heute während eines Arbeitstreffens mit dem Republikoberhaupt Igor Plotnizkij die Teilnehmerin in der Arbeitsgruppe zu humanitären Fragen und Austausch von Kriegsgefangenen Olga Kobzewa. „Wir sind bereit, schon morgen der ukrainischen Seite fünf Personen zu übergeben“, erklärte sie.

„Ein entsprechender Vorschlag wurde von mir der ukrainischen Seite während des letzten Treffens im Rahmen der Untergruppe übergeben“, sagte sie.

„Die ukrainische Seite hat als Antwort gebeten eine offizielle Erklärung über unsere Absicht abzugeben. Morgen wird sie abgeschickt, wir werden die Reaktion sehen, erklärte die Vertreterin der Republik.